

Handeln gegen den Wandel

Weltweiter Zertifikatemarkt und andere Rezepte zur Rettung des Planeten

Sven Titz | 2009 ist ein wichtiges Jahr für das Erdklima: Der neue US-Präsident hat eine klimapolitische Wende angekündigt, und im Dezember soll auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll beschlossen werden. Welche Perspektiven sich in der Klima- und Energiepolitik bieten, wird in drei Neuerscheinungen diskutiert.



Claudia Kemfert:
Die andere Klima-Zukunft: Innovation statt Depression.
Hamburg: Murmann-Verlag 2008,
264 Seiten, 19,90 €

Ein optimistisches Plädoyer für den Klimaschutz legt Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin mit „Die andere Klima-Zukunft: Innovation statt Depression“ vor. Sie betrachtet die vom Menschen verursachte Erderwärmung nicht nur als Gefahr, sondern auch als große Chance für die deutsche Wirtschaft.

Den Stand der Klimaforschung gibt Kemfert in den ersten Kapiteln stark vereinfacht wieder – und lehnt sich dabei weit aus dem Fenster: Seit kurzer Zeit „bestreitet kein Wissenschaftler mehr, dass unser Klima kippt“, behauptet sie. Doch längst nicht jeder seriöse Forscher rechnet mit einer dergestalt katastrophalen Entwicklung. Hier übertreibt die Ökonomin nur, doch an anderer Stelle unterläuft ihr ein echter Schnitzer: Sie schreibt, eine Folge der Erderwärmung sei die Versauerung des Meerwassers. Diese Gefahr besteht in der Tat, sie geht aber nicht vom Temperaturanstieg aus, son-

dern vom wachsenden CO₂-Gehalt der Luft. Es ist kaum zu übersehen, dass die Autorin zuweilen etwas nachlässig argumentiert.

Schon in fünf bis zehn Jahren werde die Anpassung an den Klimawandel so teuer geworden sein, dass man es nicht länger ignorieren könne, warnt Kemfert aufgrund eigener Berechnungen. Einem pessimistischen Szenario zufolge würden die Folgen des Klimawandels die Deutschen in den nächsten 50 Jahren 800 Milliarden Euro kosten. Abhilfe erhofft sich die Ökonomin vom Handel mit Emissionsrechten: Dadurch werde „schnell und unkompliziert Geld locker gemacht, mit dem weltweit Klimaschutzprojekte angeschoben werden können“. Das lohne sich nicht allein deshalb, weil es dazu beitrage, den Klimawandel einzudämmen. Kemfert glaubt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien Deutschland unabhängiger von Importen aus politisch instabilen Ländern machen würde. Nicht jeder dürfte das so opti-

mistisch sehen. Sicher ist, dass der Übergang seine Zeit braucht. Vorerst müsse man einige Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, findet die Autorin. Auch sollten neue Kohlekraftwerke gebaut werden, da sie effizienter seien als die alten. Das entstehende CO₂ ließe sich im Idealfall unterirdisch speichern. Kempferts Buch – mehr Appell als Analyse – kommt in einem treuherzigen Plauderton daher. Bis an die ökonomischen Fundamente gelangt die Auseinandersetzung mit der Klimapolitik aber nicht. Von dem zweiten Buch zum Thema lässt sich das schon viel eher sagen.

Ein Hauch DDR

Gegen die Klimakrise muss dringend etwas unternommen werden – das sieht Hans-Werner Sinn ähnlich wie Kempfert. Doch was die Maßnahmen angeht, zeigt sich der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) in München weitaus skeptischer. Mit vielen empirischen Belegen versucht er in seinem gut lesbaren Buch „Das grüne Paradoxon“ die Ineffizienz der aktuellen Klimapolitik nachzuweisen.

Sinn beklagt das Wirrwarr an Steuer- und Fördersystemen, das in Deutschland eingerichtet wurde, um den Ausstoß von CO₂ zu verringern. Ökosteuer, Einspeisevergütung für grünen Strom, Förderung von Solardächern, Kraft-Wärme-Kopplung und Gebäudesanierung – das Durcheinander an Maßnahmen verletze vor allem das ökonomische „Gesetz des einen Preises“: Nur die unsichtbare Hand des Marktes würde den „kostenminimalen Weg“ für eine gesamtwirtschaftliche CO₂-Vermeidung finden, erklärt der Autor. In Deutschland aber klaffen die Kosten für die Vermeidung von

CO₂-Emissionen in verschiedenen Sektoren auseinander. Und es sind nicht die günstigsten Maßnahmen, die vom Staat unterstützt werden. Sinn wittert einen „Hauch DDR“. Vor allem die Förderung der Solarzellen ist ihm ein Dorn im Auge. Sie seien die teuerste Variante, um den Ausstoß von CO₂ zu mindern.

Doch damit nicht genug. Nicht nur ineffizient seien die nationalen Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung, sondern – auf europäischer Ebene betrachtet – auch völlig wirkungslos, stellt Sinn fest. Dafür Sorge der an sich lobenswerte Handel mit Emissionszertifikaten in der EU: Weil die Gesamtmenge des CO₂-Ausstoßes für die am Zertifikatehandel teilnehmenden Industriebereiche fix ist, führe die Verminderung von CO₂-Emissionen in Deutschland dazu, dass andere Länder umso mehr von dem Gas in die Luft bliesen. Der Effekt der Förder- und Steuersysteme in Deutschland werde so zunichte gemacht, lautet Sinns Fazit. Er empfiehlt darum, die nationalen Maßnahmen aufzugeben und allein auf den Zertifikatehandel zu setzen. Der befolge das Gesetz des einheitlichen Preises, weise also im Prinzip die Effizienz funktionierender Märkte auf.

Auf globaler Ebene aber brächten weder der Zertifikatehandel oder das Kyoto-Protokoll etwas für das Klima, schränkt Sinn ein. Denn wenn die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen durch die Kyoto-Länder gedrosselt werde, verringerten die Eigentümer der Ressourcen ja nicht zwangsläufig den Abbau. Bleibe ihr Angebot an Öl, Gas und Kohle aber gleich, sanken die Preise auf dem Weltmarkt. Dann kauften und verbrauchten die Nicht-Kyoto-Länder natürlich mehr. „Die Europäer



Hans-Werner Sinn:
Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik,
480 Seiten, Berlin:
Econ Verlag 2008,
24,90 €

(...) subventionieren also den Konsum der amerikanischen und chinesischen Verbraucher, doch für das Klima sind diese Vorgänge neutral“, schreibt Sinn.

Das grüne Paradoxon, das seinem Buch den Titel verliehen hat, mache alles noch schlimmer: Aus Furcht vor gedrosselter Nachfrage in der Zukunft würden die Ressourcen sogar schneller abgebaut, und die Preise fielen, glaubt der Ökonom. Somit geschehe das Gegenteil von dem, was beabsichtigt war: „Die Klimadebatte hat sicher dazu beigetragen, den Ressourcenabbau und damit den Klimawandel zu beschleunigen“, meint Sinn. Einige Experten finden, dass der ifo-Chef den Effekt überschätzt; ganz von der Hand weisen lässt sich seine Argumentation aber nicht.

Auf dem Weg zum „Super-Kyoto“?

Sinn mahnt, wer den Klimaschutz ernst nehme, müsse ein „Super-Kyoto“ mit einem weltweiten Zertifikatehandel anstreben. In diesem Punkt ist er sich mit Kemfert einig. Eine Chance, den CO₂-Ausstoß zu verringern, habe nur ein globales Nachfragekartell unter UN-Aufsicht. Weil dem Autor der zentralplanerische Charakter eines solchen Vorhabens aber zuwider ist, schlägt er als Alternative vor, die Zinsen aus Kapitalmarktanlagen der Ressourceneigentümer zu besteuern – wie er meint, eine praktikable Methode, um den Ressourcenabbau zu bremsen und das Klima zu schonen.

Wie die Lage bei der wichtigsten fossilen Ressource – dem Erdöl – heute und in Zukunft einzuschätzen ist, lässt sich in einem informativen Doppelband des Politologen Steffen Bukold

nachlesen. Der Energie- und Finanzmarktexperte gibt in „Öl im 21. Jahrhundert“ einen gut strukturierten Überblick über die Reserven, die künftige Verfügbarkeit, alternative Kraftstoffe und die Ölpolitik. Wer sich fundiert mit dem Thema beschäftigen möchte, ist bei Bukold richtig.

Die Debatte um Peak Oil, den gefürchteten Gipfel der Erdölförderung, stellt sich in dem Werk eher undramatisch dar. Nach Sichtung diverser Szenarien schätzt Bukold, dass in den kommenden Jahren ein Plateau erreicht werden dürfte. Anschließend soll die Fördermenge langsam absinken. Sorgen bereitet dem Autor vor allem, dass der Ölpreis immer stärker von den Launen des Finanzmarks bestimmt werde und immer weniger mit der Wirklichkeit zu tun habe. Das erschwere den politischen Umgang mit dem Thema. Bukold empfiehlt, den Markt flexibler zu gestalten, zum Beispiel beim Straßenverkehr eine Vielfalt an Antriebssystemen zu fördern, um kommenden Ölkrise vorzubeugen.

Bukolds Werk lässt den klimapolitischen Versuch, von Öl, Gas und Kohle loszukommen, noch in einem ganz anderen Licht erscheinen. Wer weiß – am Ende könnten Turbulenzen an den Märkten für fossile Brennstoffe viel schneller für einen Umbau der Energieinfrastruktur sorgen, als es der Klimaschutzgedanke je vermöchte.



Steffen Bukold: *Öl im 21. Jahrhundert. Band I: Grundlagen und Kernprobleme, Band II: Alternativen und Strategien.* München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2008, 381 und 208 Seiten, 29,80 € (je Band)



Dr. SVEN TITZ arbeitet als freier Wissenschaftsjournalist in Berlin.

Kriminelles Wachstum

Neues von der Schattenseite der Globalisierung

Jörg von Bilavsky | **Wer sind die Gewinner der Globalisierung? Die Volkswirtschaften in China, Indien und Korea? Gewiss. Doch nicht nur die ehrlichen Geschäftsleute dieser Länder haben vom Zusammenbruch des Kommunismus und der Liberalisierung der Weltwirtschaft kräftig profitiert. Sondern auch das organisierte Verbrechen weltweit, wie Misha Glenny zeigt.**

Egal, ob russische Schutzgeldkartelle, brasilianische Internetbetrüger oder chinesische Menschenhändler: Sie alle nutzen offene Grenzen, Gesetzeslücken, die Armut der Bevölkerung und die Habgier der Beamten, um ungestört und hochprofitabel mit Drogen, Waffen oder Diamanten zu handeln. Schätzungen zufolge gehen etwa 20 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts auf das Konto dieser illegalen Schattenwirtschaft.

Nach den Recherchen des Südosteuropa-Experten und ehemaligen BBC-Korrespondenten Misha Glenny steigt die kriminelle Wachstumskurve rasant weiter. Was nicht allein daran liegt, dass es für die finanziell, personell und technisch unterversorgten Strafverfolgungsbehörden immer schwieriger wird, zwischen legalen und illegalen Transaktionen, dreckigem und sauberm Geld zu unterscheiden. Sondern auch damit zusammenhängt, dass außer den üblichen Verdächtigen aus dem Milieu eine immer breitere Schicht

unbescholtener Bürger westlicher Länder Kokain schnupft, Bordelle mit Zwangsprostituierten besucht und günstige Lebensmittel genießt, die von illegal eingeschmuggelten Arbeitskräften angebaut und geerntet werden.

Die Quintessenz aus Glennys Gesprächen mit Gangstern, Opfern und Polizisten rund um den Globus ist aber vor allem, dass den „fantasielosen Politikern (...) entweder der Weitblick oder das Interesse fehlt, sich mit den großen strukturellen Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft zu beschäftigen, von denen Verbrechen und Instabilität leben“.

Kein Wunder, haben doch östliche wie westliche Regierungen das organisierte Verbrechen mit der Deregulierung ihrer Finanz- und Warenmärkte unfreiwillig angelockt und genährt. Und dabei wie in Dubai „Kapitaldrehscheiben“ geschaffen, wo illegal erworbene Profite in ehrliche Projekte fließen, also unvorstellbare Summen Geld gewaschen werden. In den vergangenen 20 Jahren ist



Misha Glenny:
McMafia. Die grenzenlose Welt des Verbrechens.
München: DVA
2008, 528 Seiten,
24,95 €

das Wechselspiel zwischen geregelten und unregulierten Wirtschaftskreisläufen so vielschichtig und undurchsichtig geworden, dass die restlose Zerschlagung der staatlich oftmals protegierten Gangsterkartelle vermutlich ein unvorhersehbares Chaos auslösen würde – politisch wie ökonomisch.

Das kann freilich nicht heißen, dem illegalen Treiben weiterhin tatenlos zuzusehen und dafür milliardenschwere Steuerverluste und eklatante Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen. Glennys Analyse der unterschiedlichsten Verbrechensmethoden und -mentalitäten zeigt eines ganz deutlich: Das globalisierte Verbrechen ist letztlich nur noch global zu bekämpfen. Der Handlungs- und Bewegungsspielraum der Gangstersyndikate wird nur dann enger, wenn die von ihnen ausgebeuteten Nationen zusammen-

arbeiten und gesetzlich wie polizeilich höhere Hürden errichten. Doch wird ein Regelwerk zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zwischen den Staaten mindestens ebenso schwer auszuhandeln sein wie ein international verbindlicher Verhaltenskodex für eine gerechte Globalisierung. Denn wenn man eines nach der Lektüre von Glennys Buch gelernt hat, dann, dass ökonomische und kriminelle Habgier zwei Seiten einer Medaille sind – und die heißt Gewinnmaximierung.



JÖRG VON BILAVSKY lebt als freier Journalist und Lektor in Berlin. Dieses Frühjahr erscheint von ihm bei Rowohlt eine Monografie über Joseph Goebbels.

Gewalt ohne Grenzen

Das „Jahrbuch Terrorismus 2007/2008“

Kai Hirschmann | **Die Anschläge in Mumbai vom vergangenen November haben erneut deutlich gemacht, dass Terror mit separatistischer und ideologischer Motivation eine Bedrohung bleibt, mit der wir uns intensiv beschäftigen müssen. Die Hintergründe des Schreckens und Strategien zu seiner Bekämpfung zeigt ein neuer Sammelband auf.**

Was sind die wesentlichen Entwicklungen im Terrorismus in den vergangenen zwei Jahren? Welche Spielarten des Terrors gibt es, und wie sind sie zu bekämpfen? Antworten auf diese Fragen sucht das zum zweiten Mal nach 2006 vom Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel herausgegebene „Jahrbuch Terrorismus 2007/2008“.

Neben dem Schwerpunkt des Bandes, dem islamistischen Dschihad-Terrorismus, widmen sich die Autoren auch dem Terrorismus mit ethno-nationaler Ausrichtung wie auf Sri Lanka durch die LTTE („Tamil Tigers“) oder durch die ETA in Spanien. An der einen oder anderen Stelle wäre eine Systematisierung nach den verschiedenen Zielsetzungen des Terrors wün-

schenswert. Die Unterscheidung in Gewaltideologien (Dschihadismus) und separatistische Motivationen (z.B. ETA, LTTE) könnte mitunter deutlicher hervortreten.

Der islamistische Terrorismus wird im Jahrbuch an einigen Stellen in nationalen und „transnationalen“ Terrorismus unterschieden. Diese Einteilung erweist sich aber als hinderlich, da Ideologien oder Weltanschauungen per se nicht an Grenzen gebunden sind, sondern überall dort wirken, wo sich Anhänger und Sympathisanten finden lassen.

Eine solche Ideologie ist das Dschihad-Konzept, das seit über 50 Jahren in verschiedenen Ausprägungen und Interpretationen den Hintergrund für Gewalt mit politisch-religiöser Motivation liefert. Islamistische Theoretiker wie Sayyid Qutb oder Abdallah Azzam stehen für die ideologische Verbindung von missbräuchlich interpretierter Religion mit politischen Zielen und exzessiver Gewaltanwendung. Immer wieder gelingt es dabei, neue Sympathisanten weltweit zu gewinnen; prominentestes Beispiel ist die Anwerbung Osama Bin Ladens in den siebziger Jahren.

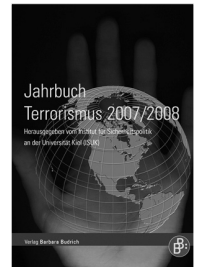
Dementsprechend sind Bewegungen wie Al-Kaida oder andere Dschihad-Gruppen auch keine Organisationen im klassischen Verständnis, sondern werden durch gemeinsame ideologische Grundüberzeugungen zusammengehalten – egal, ob im Maghreb, im Irak, in Tschetschenien, Afghanistan oder anderswo in Afrika und Asien. Nach ihrer Weltanschau-

ung gefragt, nennen diese regional so unterschiedlichen Gruppen immer wieder das Konzept des Dschihad. Das ist die ideologische Basis für gemeinsame Trainingslager der Dschihad-Fanatiker früher in Afghanistan und heute in Pakistan.

Diese Bemerkungen trüben allerdings nicht den Gesamteindruck, dass dieses Jahrbuch kompetent und auf den Punkt über terroristische Entwicklungen im gesteckten Zeitraum informiert und uneingeschränkt zur Lektüre empfohlen werden kann. Im Gegensatz zu einem Großteil der gängigen Terrorismusliteratur schreiben hier anerkannte Experten, die den Bogen über den Irak, Pakistan, den Maghreb und Nahost bis hin nach Sri Lanka und Spanien spannen. Daneben bieten die Autoren eine ganze Reihe viel versprechender Konzepte und Ansätze zur Terrorismusbekämpfung. Trotz der unterschiedlichen thematischen Ausrichtung der Beiträge erscheint eine Botschaft klar: Terrorismus mit separatistischem und ideologischem Hintergrund wird auch in den kommenden Jahren nicht abnehmen und uns als Bedrohung beschäftigen. Die Anschläge von Mumbai im vergangenen November haben das einmal mehr gezeigt.



Dr. KAI HIRSCHMANN ist stellvertretender Direktor des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik (IFTUS) in Essen.



Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel
(Hrsg.): *Jahrbuch Terrorismus 2007/2008*.
Leverkusen: Verlag Barbara Budrich
2008, 259 Seiten,
24,90 €